



Solidarität!

Referat von Christian Levrat, Präsident SP Schweiz

Es gilt das gesprochene Wort.

Vor sechs Monaten hätte ich niemals gedacht, dass meine letzte Delegiertenversammlung als Präsident eine Digitale DV sein würde. Und jetzt ist es doch genauso gekommen. Aber sehen wir es positiv: Für mich ist diese Digitale DV Ausdruck davon, dass wir als SP für funktionierende demokratische Institutionen eintreten – auch in Zeiten der Krise.

Diese DV ist vor allem eine Gelegenheit, um Danke zu sagen. Der Bundesrat hat einen aussergewöhnlichen Job gemacht. Speziell unsere beiden Bundesrats-Mitglieder, Simonetta und Alain, die in den vergangenen Monaten wirklich brilliert haben.

Die Schweiz war in einer schwierigen Lage, zwischen Norditalien, dem Elsass und Ischgl, drei der schlimmsten Infektionsherde in Europa. Heute gilt unser Land als Vorbild in der Bewältigung der Krise. Danke für eure Anstrengungen und euren Einsatz in dieser aussergewöhnlichen Zeit.

Danke auch an unsere Regierungsrätinnen und Regierungsräte. In allen Landesteilen waren Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Verantwortung – sei es im Gesundheitswesen, in der Bildung, im Sozialbereich oder in der Sicherheitspolitik. Auch wenn die Kantone manchmal Mühe hatten, sich zu koordinieren, so haben sie vor Ort doch eine entscheidende Rolle gespielt. Sie haben dafür gesorgt, dass die Präventionsmassnahmen rechtzeitig umgesetzt wurden, dass das Gesundheitssystem gestärkt wurde und dass der Schulunterricht besser als befürchtet weitergehen konnte.

Danke schliesslich euch allen! Der Bundesrat hat sich dafür entschieden, mit der Bevölkerung zusammen zu handeln, nicht gegen sie. Er hat sich dafür entschieden, zu überzeugen statt zu verbieten. Und er hatte Recht, denn diese Krise hat gezeigt, zu welcher unglaublichen Solidarität die Bevölkerung in der Lage ist. Und ihr seid quasi die „Avant-Garde“, wie man auf Französisch sagt, dieser solidarischen Bevölkerung.

Es wurde schon oft gesagt und trotzdem muss man es immer wiederholen: Es waren die Frauen, die unsere Gesellschaft getragen haben – buchstäblich mit letzter Kraft. In den Spitälern, an den Supermarktkassen, in den Altersheimen, zuhause beim Fernunterricht – überall haben Frauen eine phänomenale Arbeit geleistet. Es reicht nicht, ihnen zum Dank vom Balkon zu applaudieren. Die Löhne in diesen weitgehend von Frauen besetzten Berufen müssen steigen. Das muss unsere Aufgabe sein, in den Kantonen, in den Gemeinden, auf Bundesebene, mit den Gewerkschaften.

Für mich ist der Service Public Sinnbild dieser institutionellen Solidarität. Und einmal mehr war es der Staat – und zwar nur der Staat –, der die nötigen Ressourcen im Gesundheitsbereich, in der Wirtschaft oder um Sicherheitswesen aufbringen konnte, um diese Krise zu bewältigen. Diese Krise widerlegt all jene, die den Staat geringschätzen, die keine Gelegenheit auslassen, die staatlichen Institutionen zu schwächen, die Privatisierung

und Liberalisierung als Allheilmittel sehen. Daran müssen wir uns erinnern und unseren Einsatz für den Service Public noch mehr verstärken, gerade im Gesundheitswesen.

Dank dieser Solidarität haben wir die Krise aus medizinischer Sicht durchgestanden, zumindest bis jetzt. Es wurden auch wirksame Massnahmen getroffen, um die Löhne zu sichern oder um den Unternehmen die nötige Liquidität zu garantieren, in Form von zinslosen Darlehen. Aber die Solidarität der Rechten scheint rapide abzunehmen, sobald es nicht mehr darum geht, den Grossunternehmen zu helfen, sondern den Selbständigen, den Mieterinnen und Mietern, den Kleinunternehmen oder den Arbeitslosen.

Wie sonst ist die Weigerung der Rechten zu erklären, die Kurzarbeit für jene KMUs zu verlängern, die während Monaten nicht arbeiten durften? Zum Beispiel im Kultur- und Veranstaltungsbereich.

Was denken wohl die über Zehntausend Arbeitslosen, die am 31. August ausgesteuert werden, weil die Rechten sich geweigert haben, die Frist zu verlängern? Selbst die Rechten werden nicht behaupten, man könne in Zeiten des Lockdowns eine neue Stelle finden.

Und warum brauchte es zähe Verhandlungen im Parlament – gegen den Widerstand der Rechten –, um die Geschäftsmieten zu senken und die Kitas zu unterstützen?

Offensichtlich ist für FDP und SVP Solidarität ein dehnbarer Begriff: Für die Aktionäre, für die Luftfahrtindustrie, für die Grosskonzerne – Ja! Für die Arbeitnehmenden, für die Arbeitslosen, für die Sans-Papiers, für die Selbständigen – Nein! Das ist ein Zeichen für Hartherzigkeit. Und vor allem ein Zeichen für krasse wirtschaftliche Ignoranz!

Die Exportindustrie leidet, der Tourismus ist in der Krise. Nur die inländische Nachfrage und die öffentlichen Investitionen können unsere Wirtschaft stützen. Darum ist es entscheidend, die Kaufkraft zu erhalten, das Lohnniveau zu verteidigen und sicherzustellen, dass niemand vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen wird.

Die Rechten besitzen nicht einmal den Anstand, öffentlich zu ihren Positionen zu stehen. Gerade diese Woche haben sie unseren Antrag abgelehnt, eine ausserordentliche Session abzuhalten, um genau diese Probleme zu regeln. Die Rechten hindern das Parlament daran, zusammenzukommen und zu entscheiden. Das ist für sie einfacher als öffentlich zuzugeben, dass sie nichts für die Arbeitslosen, die KMUs und die Selbständigen unternehmen wollen.

Aber die Rechten sollen sich keine Illusionen machen: Wir werden auch weiterhin für eine solidarische Schweiz kämpfen, für eine offene Schweiz, für eine Schweiz für alle statt für wenige. Und wir haben schon am 27. September eine unverhoffte Chance. Zuerst einmal können wir einen wichtigen sozialen Fortschritt erzielen, indem wir Ja sagen zum Vaterschaftsurlaub. Und dann können wir unseren politischen Gegnern gleich eine vierfache Abstimmungsniederlage bescheren:

- Setzen wir ein Zeichen für die Steuergerechtigkeit – mit einem Nein zu höheren Steuerabzügen für die reichsten Familien;
- Setzen wir ein Zeichen für den Lohnschutz und für die Bewegungsfreiheit in ganz Europa – mit einem Nein zur Kündigungsinitiative der SVP;

- Setzen wir ein Zeichen für eine verantwortungsvolle Sicherheitspolitik, die sich auf reale Bedrohungen wie Cyberkriminalität, Terrorismus, den Klimawandel oder globale Pandemien konzentriert – mit einem Nein zum Kauf von Luxus-Kampffjets für 24 Milliarden Franken;
- Setzen wir ein Zeichen für die Biodiversität und die Umwelt – mit einem Nein zum Jagdgesetz.

Diese Krise hat uns etwas gelehrt: Die Schweizer Bevölkerung weiss, was es heisst, solidarisch zu sein. Wir müssen dafür sorgen, dass diese Solidarität über Notlagen wie die Corona-Krise hinausgeht. Wir müssen dafür sorgen, dass diese Solidarität auch zu sozialen und politischen Fortschritten führt. Das ist doch eine schöne Aufgabe für unsere Partei!